

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 4.30 M., bei weitem Postbezugs monatlich 1.15 M., bei Zustellung unter Streifen für Deutschland 1.— M., für Ausland 2.— M., per Brief 1.50 M.

Redaktion und Expedition: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 III. Fernsprecher: Amt Norden 2895 und 2896.

Infolge des abgefallenen Nonparillens ab deren Raum einchl. Transportzuschlag 2.30 M., das festgedruckte Wort 1.15 M., jedes weitere Wort 85 Pf., Familien- und Organisationsanfragen die achtspaltige Nonparillenzelle 2.40 M., das festgedruckte Wort 1.15 M., jedes weitere Wort 85 Pf. Interim für den darauf folgenden Tag müssen spätestens bis 3 Uhr nachmittags in der Expedition angetragen sein.

Inseraten-Abteilung: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19, Fernsprecher: Amt Norden 2895-96, 9768

Freiheit

Berliner Organ

Der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Einigung in Paris.

Verschiebung des endgültigen Friedensschlusses.

H. N. Paris, 6. Januar.

Der Austausch der Ratifikationsurkunden, der ursprünglich für heute angekündigt war, kann, wie bereits angedeutet wurde, nicht erfolgen. Der Grund liegt vor allem darin, daß verschiedene Einzelheiten bezüglich der Zollabflimmungsgebiete noch nicht geregelt sind. Man glaubt jedoch, daß die Lösung dieser Fragen nicht mehr Zeit erfordert wird als bis zum Ende dieser Woche und hofft bestimmt, daß der Austausch der Ratifikationsurkunden am Sonnabend stattfinden werde.

Der Oberste Rat schickte dem Text eines Briefes an die deutsche Regierung, in dem erklärt wird, daß mit der deutschen Delegation eine Einigung bezüglich des Schadenersatzes für die Versenkung der Flotte bei Senpa Flow erzielt wurde. Clemenceau wird diesen Brief im Namen der Alliierten nach Austausch der Ratifikationsurkunden Herrn von Lercher überreichen. Der Brief enthält für Deutschland die Verpflichtung, sofort 192 000 Tonnen Schwimmbots anzuliefern. Die zuerst geforderten 400 000 Tonnen werden auf 300 000 Tonnen herabgesetzt.

Ferner beschäftigte sich der Oberste Rat mit neuen Instruktionen für General Wasserhagen, den Führer der internationalen Kontrollkommission für die deutsche Luftschiffahrt in Berlin. Diese Instruktionen werden sich auf die Herstellung von Luftschiffmaterial in den deutschen Fabriken und die Regelung der deutschen Luftfahrt beziehen. Die Frage des Luftfahrtmaterials ist schon jetzt so gut wie erledigt.

Sonnabend Ratifikation?

Paris, 6. Januar. (Sabas.)

Der Text der vom Obersten Rat angenommenen Formel, welcher die Verhandlungen über das von Deutschland zur Kompensation für die Versenkung der Flotte von Senpa Flow verlangte Morinmaterial zugrunde liegen, wurde am Montag nachmittags dem Freiherrn von Lercher übergeben. Man hat sich mit der deutschen Delegation endgültig über die Formulierung geeinigt, so daß der Unterzeichnung des Ratifikationsprotokolls des Friedensvertrages nicht mehr im Wege steht. Die durch die Inkraftsetzung des Vertrages nötig gewordenen Maßnahmen wurden im Prinzip ins Auge gefaßt. Der Austausch der Ratifikationsurkunden wurde auf Sonnabend, 10. Januar, nachmittags, festgesetzt.

Hilfe für Oesterreich.

Paris, 5. Januar. (Sabas.)

Der Oberste Rat hat beschlossen, einen neuen dringenden Appell an die Vereinigten Staaten zu richten, damit sie für die Lebensmittelforderungen für Oesterreich die nötigen Kredite gewähren.

Abreise der ungarischen Friedensdelegation.

Budapest, 5. Januar.

Die erste Gruppe der ungarischen Friedensdelegation ist unter Führung des Grafen Apponyi heute früh nach Paris abgereist.

Semenow Abtrübniger Oberbefehlshaber.

Amsterdam, 5. Januar.

„Times“ meldet, daß General Semenov zum Oberbefehlshaber der Truppen von Irakut und der gesamten Front südlich des Baikalsees ernannt worden ist.

Um die Herrschaft an der Adria.

Bern, 5. Januar.

Wie der Vertreter der „Agence Centrale“ in Belgrad mit Paris erzählt, gibt die Denkschrift Clemenceaus und Lloyd Georges, die Scialoja eingesehen worden ist, den Gedanken der Schaffung eines Pufferstaates mit 200 000 Soldaten nicht auf. Darüber hinaus verspricht sie Italien die Insel Dissa, die italienische Schutzherrschaft über Albanien und die Neutralisation der ganzen balkanischen Küste bis zur Wucht von Cattaro.

Der italienische Ministerpräsident Ritti und der Außenminister Scialoja sind in London eingetroffen, um an

Besprechungen über die Fiumefrage und die Neutralisierung der Adriaküste teilzunehmen.

Republikanische Kundgebungen in Bulgarien.

Bern, 5. Januar.

Die Genfer „Suisse“ meldet, daß die letzten Unruhen in Sofia königseindischen und republikanischen Gepräges waren. Ungefähr 40 000 Menschen nahmen an der Kundgebung teil und riefen: „Nieder mit dem König! Es lebe die Republik!“ Als man das königliche Palais angreifen wollte, griffen Soldaten ein. Die Truppen wurden mit Revolvergeschüssen und Steinwürfen empfangen, zahlreiche Personen wurden schwer verletzt. Die Zahl der Toten ist noch nicht bekannt.

Ausflüchte.

Angefaßt der nunmehr auch aus den Kreisen der Baltikumtruppen immer deutlicher werdenden Feststellungen, daß die Regierung selbst das baltische Abenteuer ursprünglich gefördert und inszeniert hat, und daß sie es vor allen Dingen gewollt ist, die das Verbleiben der Truppen im Baltikum angeordnet hat, können die verantwortlichen Stellen nun nicht mehr leugnen und Rosle läßt nunmehr erklären, daß in der Tat die Regierung an dem ursprünglichen Baltikum-Aufmarsch beteiligt war und das Verbleiben der Truppen im Baltikum angeordnet hat. Herr Rosle hat aber eine neue Entschuldigung entworfen, nämlich der Waffenstillstand daran schuld, der der deutschen Regierung die Pflicht auferlegt haben soll, die Truppen im Baltikum zu belassen.

Das Reichswehrministerium kann selbstverständlich eine solche Ausrede nur benutzen in der Hoffnung, daß niemand sich mehr des Waffenstillstands und seiner Entstehungsgeschichte erinnert. Aus der Druckfasse Nr. 3 der Deutschen Waffensstillstandskommission auf Seite 14 geht klar und deutlich hervor, daß der ursprüngliche Artikel 12 betreffend die Bestimmungen über die Räumung des Ostens wie folgt lautet: „Alle deutschen Truppen, welche sich augenblicklich auf den vor dem Kriege zu Oesterreich, Rußland, Rumänien, der Türkei gehörigen Gebieten befinden, müssen hinter die deutschen Grenzen, wie sie am 1. August 1914 waren, zurückziehen.“ In diesem Artikel war klar und deutlich ausgedrückt, daß auch das gesamte besetzte russische Gebiet sofort zu räumen sei.

Herr Erzberger aber, dessen besonderes Interesse an dem Baltikumabenteuer ja während des ganzen Krieges bekannt war, bemerkte in seiner Antwort zum Artikel 12: „Die Räumung der bisher zur Oesterreichisch-ungarischen Monarchie gehörenden, ferner der rumänischen und türkischen Gebiete kann sofort erfolgen, dagegen wird darauf aufmerksam gemacht, daß die sofortige Räumung der ehemals russischen, jetzt noch von deutschen Truppen besetzten Gebiete die dortige Bevölkerung den Greueln des Bolschewismus schuldig preisgeben würde.“

Herr Erzberger hat also den alliierten Gegnern seine Polizeidienste in Rußland an in der Hoffnung, doch noch seine Pläne im Baltikum zum Teil verwirklichen zu können. Deshalb erhielt der Artikel 12 in den endgültigen Waffenstillstandsbestimmungen den Absatz: „Alle deutschen Truppen, welche sich augenblicklich auf den vor dem Kriege zu Rußland gehörigen Gebieten befinden, müssen ebenfalls hinter die wie oben angegebenen Grenzen zurückziehen, sobald die Alliierten unter Berücksichtigung der inneren Lage dieser Gebiete den Augenblick für gekommen erachten.“

Die Alliierten nahmen also das Angebot der deutschen Regierung, den Wästel gegen den Bolschewismus zu spielen, dankend an. Wenn der Abtransport der deutschen Truppen trotzdem in ganz Rußland sofort erfolgte, so war das nur den Soldatenräten zu danken. Schon damals in den Novembertagen bestanden in der Regierung Eindrücke, die die Truppen in Rußland festhalten wollten. Allerdings waren diese Eindrücke zum Teil in offizieller Art und der verstorbenen Genosse Hoose hat sich mehrfach auf das energischste gegen solche Rückschlüsse der immer noch bestehenden militärischen Redenregierung, die nicht zuletzt bei Herrn Erzberger ihre Unterstüfung fand, wehren müssen. Als es aber der Regierung gelungen war, die Biersamkeit der Soldatenräte einzuschränken und die alten militärischen Kommandostellen wieder in ihre Rechte einzusetzen, da konnte der Abtransport im Baltikum sofort auf.

Daß dies nicht auf einer Verpöschung des Waffenstillstandes beruhte und daß die deutsche Regierung früher niemals den Waffenstillstand so angelegt hat, geht aus der Tatsache hervor, daß, als im Januar die Alliierten in der Tat verlangten, daß die deutschen Truppen im Baltikum verbleiben, in einer Kabinetsbesprechung einig waren, daß aus dem Waffenstillstand keineswegs das Recht zu einer solchen Forderung der Entente hergeleitet werden könne. Wenn man die deutschen Truppen doch im Baltikum beließe, so geht es also nicht auf Grund einer Waffenstillstandsverpflichtung, sondern weil man in der Regierung selbst dem Baltikumabenteuer nur allzu freudig gegenüberstand.

Die Rechte der Betriebsräte.

Den Kern des Betriebsrätegesetzes bilden die Bestimmungen über die Rechte der Betriebsräte. Die heftige Kampagne der organisierten Unternehmer gegen das Gesetz richtete sich vorwiegend gegen diese Abschnitte des Gesetzes. Gegen die Wahl von Betriebsräten wendeten die Herren Kuglerweise nichts ein, denn damit würden sie ihre gewerkschaftsbureaukratischen Kampagnen in den „Arbeitsgemeinschaften“ in allzu große Verlegenheit bringen. Um so stärker war ihr Bestreben, die Betriebsräte, die an sich nicht zu vermeiden sind, zu einer hilf- und zwecklosen Vertretung der Arbeiterschaft zu machen.

Beim siebenten Ausschuss der Nationalversammlung haben die Unternehmer weitgehendes Entgegenkommen gefunden. Die Rechtssozialisten wichen Schritt für Schritt vor den Forderungen der Demokraten und Zentrumskräfte zurück, und als die Situation kritisch wurde, als der im allgemeinen glatt ablaufende Stuhhandel bei der Erörterung der Frage der Bilanz in der Hinsicht gescheitert erschien, sprang der Reichsarbeitsminister Schlögl in die Bresche und kündigte mit listigen Augenwinkeln das Antistreibgesetz an, um die auffälligen politischen Agenten des Kapitals zu einer mildereren Beurteilung der Sozialpolitik des Reiches zu bewegen.

Wie weit die Verstümmelung des von vornherein unzulänglichen Gesetzesentwurfs unter diesen Bedingungen fortgeschritten ist, und wie weit die Rechte, die das Gesetz den Betriebsräten zugestiftet, von den Mindestforderungen entfernt sind, die die Arbeiterschaft zu stellen hat, zeigt am besten ein Vergleich der Fassung des Entwurfs mit den Formulierungen der Kommission.

Der entscheidende Paragraph 35 lautet in der Regierungsvorlage:

Zur Erfüllung seiner Aufgaben hat der Betriebsrat in Betrieben mit wirtschaftlichen Zwecken, die nicht zu Unternehmungen gehören, in welchen § 34 Nr. 12 durchgeführt ist, das Recht, vom Arbeitgeber zu verlangen, daß er dem Betriebsausschusse, wo ein solcher nicht besteht, dem Betriebsrat über alle die Arbeitnehmerverhältnisse berührenden Betriebsvorgänge Aufschluß gibt, soweit dadurch keine Betriebs- oder Geschäftsgeheimnisse gefährdet werden und geschlichte Bestimmungen nicht entgegenstehen. Insbesondere hat der Arbeitgeber auf Verlangen die Lohnbücher vorzulegen und ihn über die Leistungen des Betriebs und den zu erwartenden Arbeitsbedarf zu unterrichten.

In Unternehmungen, die zur Führung von Handelsbüchern verpflichtet sind, und von denen mindestens fünfzig Arbeitnehmer beschäftigt werden, können die Betriebsräte der zu der Unternehmung gehörigen Betriebe verlangen, daß den Betriebsausschüssen, wo solche nicht bestehen, den Betriebsräten außerdem vom 1. Januar 1920 ab eine Bilanz und eine Gewinn- und Verlustrechnung für das verlossene Geschäftsjahr zur Einsichtnahme vorgelegt wird.

Die Mitglieder des Betriebsausschusses oder des Betriebsrats sind verpflichtet, über die ihnen seitens des Arbeitgebers gemachten Angaben Stillschweigen zu bewahren.

Die Kommission änderte die Bestimmungen ab, indem sie nur die Unternehmungen zur Bilanzvorlage verpflichten will, die mehr als hundert Angestellte und fünfshundert Arbeiter im Betrieb beschäftigen. Aus einer Deklaration, die der Ausschuss diesem Vorschlag gab, geht hervor, daß den Betriebsräten nur die fertige Bilanz zugänglich gemacht werden soll. Einem Anspruch auf Einsichtnahme in die Unterlagen zur Bilanz aufstellung haben sie nicht. Die Betriebsräte werden also fertige Aufrechnungen vorgelegt bekommen, ohne daß sie die Möglichkeit haben, sie zu prüfen.

Vor allem aber ist festzuhalten, daß der Betriebsrat nach der Regierungsvorlage wie nach der Kommissionsfassung, die das noch schärfer und ungewandter formuliert, nur das Recht hat, Aufschluß über solche Betriebsvorgänge zu beantragen, die „den Dienstvertrag und die Tätigkeit der Arbeitnehmer“ betreffen, wie es in der Fassung der Kommission heißt. Damit wird der Betriebsrat zum Arbeiterausschuss ältesten Stils, der sich nur mit Lohnfragen an

Bestehen hat und auf die Gestaltung der Produktion nicht den mindesten Einfluß ausübt. Damit vermag das Gesetz nachstehend einen Zustand, der in allen Produktionszweigen, in denen dort dem Willen starker Gewerkschaften umfängliche und energische Arbeiterentschlüsse bereits Anerkennung gefunden hatten, längst gegeben war. Das beweist am besten, daß die soziale Gesetzgebung dieser Nationalversammlung und dieser Bourgeoisregierung keine vorwärtsweisende Tendenz verfolgt, sondern ängstlich am Boden des sogenannten „historisch Gegebenen“ steht, und in widerlicher Bedienstetigkeit dem Geboten ihrer kapitalistischen Herren folgt. Ist eine solche Politik schon in gewöhnlichen Zeitläuften schädlich und feige, besorgenswerth dann, wenn sie mitgetragen wird von einer Partei, die sich noch sozialdemokratisch nennt, so wirkt sie in revolutionärer Situation vollends konterrevolutionär.

Man nur anzudeuten, wie etwa die Mindestforderung der Arbeiterschaft an eine ernsthafte Arbeitsgesetzgebung in diesem Punkte auszusehen hätte, stellen wir in dem folgenden Bilde die Formulierung des Gegenwurfs der „Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände“ den Produkten der beamteten oder gewählten Gesetzesmacher gegenüber. Der betreffende Absatz dieses Gegenwurfs lautet:

„Den Hauptzwecken des Betriebsrates sind alle zur Beurteilung der gesamten Geschäftsführung und der technischen Betriebsführung sowie der Organisation des Betriebes, der Verwaltung usw. notwendigen Bücher und Korrespondenzen und sonstigen Geschäftspapiere, insbesondere auch diejenigen, die über die Einkaufspreise, die Art und den Umfang der Erzeugung oder des Handels, die Betriebsleistung und die Preisfluktuation Aufschluß geben, vorzulegen. Der Betriebsrat hat gegenüber den geplanten Maßnahmen der Geschäftsleitung das Einspruchsrecht, sofern er durch sie das Betriebs- oder Gemeinwohl gefährdet sieht. In Streitfällen dieser Art zwischen Betriebsleitung und Betriebsrat entscheiden die noch zu schaffenden Bezirksämter. Dem Betriebsrat ist vor Veröffentlichung hgn. Abschlüsse der Gewinn- und Verlustrechnung sowie die Bilanz einschließlich der zu ihrer Aufstellung dienenden Geschäftsbücher, Inventarien usw. vorzulegen. Er hat das Recht, sämtliche Unterlagen und den Abschluß durch einen Sachverständigen prüfen zu lassen.“

Hier ist nicht nur die Rede von Lohnangelegenheiten, sondern von der „gesamten Geschäftsabwicklung und der technischen Betriebsführung“.

Nicht minder schlimm ist das Schicksal, das die Bestimmungen über das Mitbestimmungsrecht bei Entlassungen und Einstellungen in dem famosen fiedenten Ausschuss erfahren haben. Die Regierungsfassung über die Einstellungen lautet:

Der Arbeitgeber ist verpflichtet, von jeder Einstellung eines Arbeitnehmers oder von jeder einen solchen betreffenden Kündigung dem Betriebsrat oder, wenn eine vertrauliche Behandlung erforderlich ist, vorbehaltlich des § 42 dem Betriebsausschuss Kenntnis zu geben. Die Mitteilung von der Einstellung hat spätestens am Tage des Abschlusses des Dienstvertrages, die von der Kündigung mindestens sechs Stunden vor ihrem Ausspruch zu erfolgen.

Der Ausschuss dagegen erklärt kategorisch:

Neber die Einstellung des einzelnen Arbeitnehmers hat der Arbeitgeber allein ohne Mitwirkung oder Kontrolle des Betriebs-, Arbeiter- oder Angestelltenrats zu entscheiden.

Ein Kommentar erscheint uns überflüssig. Hier erfreut sich der „Herr im eigenen Hause“ des ungetrübtesten Daseins. Aber auch das Einspruchsrecht bei Entlassungen, das die Regierungsvorlage vorsah, indem sie erklärte, der Betriebsrat könne gegen jede Kündigung binnen fünf Tagen Einspruch erheben, ist durch den Kommissionsabschluß zur Bedeutungslosigkeit herabgedrückt worden. Die Kommissionsfassung erklärt:

Arbeitnehmer können im Falle der Kündigung oder Entlassung seitens des Arbeitgebers den Arbeiter- oder Angestelltenrat anrufen:

1. wenn der begründete Verdacht vorliegt, daß die Kündigung wegen politischer, militärischer, konfessioneller oder gewerkschaftlicher Betätigung oder wegen ihrer Zugehörigkeit oder Betätigung zu einem politischen, konfessionellen oder beruflichen Verein oder einem militärischen Verbände erfolgt;
2. wenn die Kündigung oder Entlassung ohne Angabe von Gründen erfolgt;
3. wenn die Kündigung deshalb erfolgt ist, weil der Arbeitnehmer sich weigerte, dauernd andere Arbeit als die bei der Einstellung vereinbarte zu verrichten;
4. wenn die Kündigung sich als eine unbillige, nicht durch die Verhältnisse des Betriebes bedingte Härte darstellt.

Das Recht des Einspruchs besteht nicht bei Entlassungen, die auf einer geschlichen oder tarifvertraglichen oder durch Schiedsgericht einer geschlich anerkannten Schlichtungsstelle auferlegten Verpflichtungen beruhen, bei Entlassungen, die durch Stilllegung des Betriebes erforderlich werden, und bei fristlosen Kündigungen aus einem Grunde, der nach dem Gesetz zur Kündigung des Dienstverhältnisses ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist berechtigt.

Grädet der Arbeiter- oder Angestelltenrat die Anrufung für begründet, so hat er beim Arbeitgeber auf eine Verständigung hinzuwirken. Gelingt diese Verständigung nicht, so kann der Arbeiter- oder Angestelltenrat oder der betroffene Arbeitnehmer den Schlichtungsaufruf anrufen.

Nach allen diesen Einschränkungen bleibt kaum noch ein Fall von Entlassung übrig, der zu einem Einspruch berechtigt. Auch hier ist alles, was das Gesetz gnädigst zugestimmt, bereits ohne das Gesetz gegeben. Der Schutz gegen willkürliche Entlassungen wird durch das Gesetz nicht im mindesten verstärkt.

Der Entwurf der freien Angestelltenverbände fordert mit vollem Recht für die Betriebsräte bei Einstellungen und Entlassungen folgende Befugnisse:

Zur Entscheidung der für Einstellungen, Kündigungen, Entlassungen, Versetzungen, Beförderungen, Vertragsverlängerungen erforderlichen Maßnahmen kann der Betriebsrat Vertrauenspersonen bestellen. Er hat das Recht der Einsichtnahme und der Vornahme eines Sichtvermerks bei allen ein- und ausgehenden Schriftstücken in Personalangelegenheiten. Zur Prüfung von Bewerbungsunterlagen bestellt der Betriebsrat mindestens zwei Vertrauenspersonen. Diese haben die ihnen hierbei zur Kenntnis kommenden Personalien der Bewerber vertraulich zu behandeln, vorfällige oder sachliche Berichtigungen dieser Vertraulichkeit zum Schaden der Bewerber ist strafbar.

Der Betriebsrat ist von beabsichtigten Neueinstellungen vor Abschluß des Dienstvertrages so rechtzeitig zu unterrichten, daß ihm die Möglichkeit der Prüfung gegeben ist, bei Kündigungen ist ihm mindestens drei Tage vor Ausspruch derselben Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben. Soll eine fristlose Entlassung vorgenommen werden, so treten Geschäftsleitung hgn. die entsprechende behördliche Stelle und der Betriebsrat unverzüglich zusammen. Der Einspruch des Betriebsrates hat in allen Fällen nachdrücklich auszusprechende Wirkung.

Auch dieses Bilde geben wir nur als Beispiel für eine Formulierung, die den dringendsten Bedürfnissen der Arbeiterschaft entsprechen würde.

Für die Arbeiterschaft mag es genug sein. Die zweite Lesung der Vorlage im Plenum der Nationalversammlung steht bevor und unsere Genossen werden das unumgängliche Schicksal ablehnen müssen. Zuvor muß die Arbeiterschaft jedoch noch einmal zu einer großen Bewegung ansetzen, um ihre Forderungen mit wüthigem Nachdruck zu vertreten.

Reinhard's Bekenntnis.

Oberst Reinhard, intellektueller Urheber des Matrosenmordes in der Französischen Straße, veröffentlicht in der alldeutschen Presse eine Darstellung über seine Verabschiedung. Ueber die Einzelheiten dieses ergötzlichen Spiels zwischen Reinhard, Roske und dem Reichskabinett, bei denen man im Zweifel ist, wer wohl die unwürdigere Rolle gespielt hat, wollen wir uns nicht auslassen. Unsere Leser und die gesamte Öffentlichkeit wird weit mehr interessieren, was Herr Reinhard zu den Beschuldigungen, die im Marlob-Prozess gegen ihn erhoben wurden, zu sagen weiß. Er führt in seiner Darstellung aus:

In Bezug auf den Matrosenmord seien diese Persönlichkeiten (Ebert und Bauer. Red.) der Ansicht, daß, wenn ich nicht feiner Kopf und Nerven verloren hätte, ich die Erschießung vielleicht noch hätte verhindern können.

Hierzu habe ich zu erwähnen, daß ich bei denselben Verhältnissen und bei dem im Prozeß selbst ausgeübten Wirrwarr der Befehlshaltung von oben immer wieder so gehandelt haben würde, wie es geschehen war.

Reinhard brüht dann weiter seine Freude über den Freispruch Marlob's aus und betont, daß er immer warm für ihn eingetreten sei. Diese Aussprüche sind die treffendste Charakterisierung für die bornierte Selbstherrlichkeit, für den amahenden Dünkel des preussischen Offiziers. Mögen Hunderte oder Tausende zum Teufel gehen, der Befehl gilt. Aus dieser Anschauung ist das Gefühl für Menschlichkeit und Gerechtigkeit völlig verbannt. Brutale Gewalt, widerstandlose Unterordnung, das sind die Grundpfeiler des verhassten Militarismus. So sieht Roske's Gehilfe aus den Märzämpfen aus.

Heil Winnig.

Der „Vorwärts“ weist immer mit stiller Gemüthung darauf hin, daß Roske trotz aller Eignerkeit in den eigenen Reihen immer wieder das Vertrauen der Genossen erhält, wenn er zu ihnen selbst spricht, d. h. wenn er sie „einfacht“. Dasselbe Schauspiel, das nur politische Köpfe noch ernst nehmen können, wiederholt sich mit Herrn August Winnig, weiland Reichsminister für den deutschen Osten und des Baltikum, jetziger Oberpräsident der Provinz Ostpreußen. Herr August Winnig, der schon während des Krieges der eifrigste Verfechter der mehrheitlichen Kriegspolitik war und am Nationalismus nicht hinter den Alldeutschen zurückblieb, hat in der Revolution diese Arbeit getreulich fortgesetzt. Ihm ist ein großer Teil der Schuld an der verderblichen Baltikumpolitik der deutschen Regierung zuzuschreiben. Er ist es, der durch sein revolutionsfeindliches Verhalten in den Randstaaten, die die deutsche Revolution als Erlösung begrüßten, eine antideutsche Stimmung erzeugte und sie der Entente in die Hände trieb.

Dieser selbe Herr Winnig, gegen den sich die Stimmen aus der eigenen Partei mehren, dessen Abberufung und Ausschluß aus der Partei die rechtssozialistische Parteiorganisation Ostpreußens gefordert hatte, dieser selbe Herr Winnig erhält „nach einer Aussprache“ mit dem ostpreussischen Provinzialparlament der Reichsloyalisten — ein „Vertrauensvotum“. In diesem Vertrauensvotum wird die schwierige Stellung Winnig's, die Parteien zur gemeinsamen Arbeit für das Deutschtum zusammenzuführen, anerkannt. Zwar stellt sich der Provinzialverband diesen Vortreibungen des Herrn Winnig insofern des Verhaltens der Reichsparteien ablehnend gegenüber, was billigt man nicht, daß Winnig in einer von den Reaktionsären einberufenen Versammlung nationalistische Propaganda treibt, aber das sind nur „Reinigungsverrichtungen“, die keinen Grund abgeben, die weitere Zusammenarbeit mit Winnig abzulehnen. Es werden deshalb energisch alle Gerüchte über die ge-

Made.

„Mein Gott, wie bin ich müde!“ — fauchte die elegante Frau, sich auf die bequeme Sofa-Lounge bewegend. Sie hielt der Jose von kleinen Fuß hin, damit diese ihr die feinen Stiefelchen ausziehe.

„Lassen Sie mich noch eine Tasse Tee machen, Marie. Ich bin ganz abgelehrt. Einlaufe, Tee am Abend, und jetzt habe ich bloß eine Stunde Zeit, bevor ich mich zum Dinner anschauen muß.“ Sie verzugte sich in die weichen Kissen. „Ich dürfte spät heimkommen, versuchen Sie, nicht wieder einzuschlafen, wie gestern Nacht; es ist kein Vergnügen, wenn man kotulde nach Hause kommt, auch eine Viertelstunde nach Ihnen schellen zu müssen.“

Die Hofschleier prasselten im Kammin, eine rosa verschleierte Lampe erfüllte den schönen Raum mit weichem, warmem Licht. Die elegante Frau schaute sich bezaubert. „Mein Gott, wie bin ich müde!“

Durch die Rollen, neblichen Strichon strebt eine andere Frau ihren Heim zu. Geduld behalte sich der Weg; dem frühen Morgen an hat sie in der Hand geordnet, ihr Kraus schmerzt, ihre Hände glitzern. Vor den müden Augen klingen die Wogenlampen, in ihren Chören bedauern, rollten noch immer die Mädchen.

Dabei wird es kalt sein, die Stube in Unordnung, sie hat am Morgen keine Zeit anfangen, und die Kinder werden hungrig sein. Nach dem Mad muß sie noch fäden, mit dem sie heute an einem Nagel hängen blieb; mit diesem Maß kann sie nicht in die Arbeit gehen.

Schmerz schneidet sich die Arbeiterin die vielen Kruppen heraus, ihr Herz pocht, ihre Arme bebend.

Aber sie sagt nicht: „Mein Gott, wie bin ich müde!“

Sie ist viel zu müde.

Sczmbaia zur Wästen.

Gete auf Erden.

Vor der Sintflut gab es einen englischen Garten „Benedig in Wien“; man hat sie den menschlichen Urstoff hart angefaßt; Götterreiche, die sonst phantastisch das Paradies lebten, auf deren goldenele Prozerische ein Wirtshaushimmel voll. Eigenen geigen hing, mühten den bitteren Geschmack der Erde erkennen. Das kurzfristige Götterreich nennen, sie tollwütiges Mittelalter, noch immer Kriegsblinder Anfangsstadium einer betrieft — hoffen kann man's ja — friedensseligen Menschheit.

Das allzu irdische Gastspiel der blutigen Kriegszeit ist Thema der musikalischen Welt Hugo Sonnenschein's, und wenn er schon 1910 mit dem revolutionären und darum fast ein Jahrzehnt lang konfliktreichem Inhalt seines ausgezeichneten Werkes „Jagott, Massenrausch und Ohnmacht“ (Wien) keinen Geist, den Gedankenstrom

eines aufstrebenden Idealisten, Freude und Lust dieses sicher auch viele spendenden Sterns gegen die dumpfe Verlorenheit der Materie mobilisierte, so ist sein in Wien und Anlage gottlicher Verstreit „Erde auf Erden“ (Verlag Strauß, Wien) Kampf und schillerlicher Sieg menschlicher Selbstvertrauens über jäh jammernde Schollengebundenheit. Blutmeere sind zu durchwatzen, Wälder zu durchschreiten, ehe sich die Seele höher schwingen darf. Hugo Sonnenschein lobert mit Gott und preist ihn, nicht ihn und stüchelt zu ihm, er ist prophetisch ergreifen, immer in erregter Bewegung, halt pantheistisch stillstehen und die Dinge zuzusehen. Er ist eben ein pathetischer Dichter und kein epischer Dichter, als Gestalter und Erhalter kein Freund mimischer Betrübschaft. Seine Rhythmen, von einem nervösen Wandertrieb gejagt, atmen mehr Kraft, als ein Dugend Bestier regelrechter Wortspiele in netten Sonetten zusammenreimen könnte. Schlichte Gedichte, die über ihre trankene Schönheit hinaus auf tausend Zusammenhänge Licht gießen, wechseln mit metaphysischen Naturbetrachtungen, denen gegenüber sich freilich mancher allgedachte Hausverstand löffelstündel auf dies Allenteil zurückzog. Aber wer für die junge, frische Heftigkeit eines philosophischen Künstlers Gefühl hat, wird sich freuen, daß in Wien endlich auf den langweiligen Landregen verlassener Artistik nicht ausschließlich die Traufe treuherzig-vermittelt jodelnder Kriegstrome folgte, sondern endlich Sonnenschein.

Albert Ehrenstein.

Die Pfarrhaus'omödie.

(Kleines Theater.)

Vor einem Jahr hat Heinrich Lautensack, noch nicht 40 Jahre alt, Verleumdeter, Lausbube, Kunsthilfener, Opfer der Tagesform, Geistes, Jernhaus, eine morbodumme Zensur verbal seine Stude. Jetzt spielt das „Kleine Theater“ seine „Pfarrhaus'omödie“, drei Szenen voll Humor und Satire, die aufs kräftigste durchschlagen, der Dichter aber ist tot, mühte sich zeitweilig erfolglos fänden und plagten. Jetzt erscheinen seine Werke auch im Druck (bei Curtius). Die Pfarrhaus'omödie ist literarisch nicht am stärksten, aber menschlich lebenswert. Der katholische Pfarrer, in Niederbayern oder sonstwo auf dem platten Lande und seine Achin, die über das fanonische Alter hinaus ist und doch ein Kind von ihm kriegt. Währenddessen hat es der Herr Kooperator im Pfarrhaus mit der jungen revolutionären Erbsmannschiff — oder sie mit ihm — und das zu erwartende Kindlein würde gleich zwei geistliche Väter kosten. Diese einfache Handlung zwischen drei Personen vollzieht sich ohne färbende Einschübel in natürlicher und humorvoller Klarheit. Die Satire gegen das geistliche Militär kreift nur in den äußeren Konturen die Empfindungsmaßstabes und

führt auf den Grund des menschlichen Humors, die Tragik. Die Aufführung bewegte sich in dem herzlichsten Naturalismus des „Lieben ist kein Sünd“ und gab mehr die Sprache des Dichters als den Stil der Komödie, womit aber dem Werke durchaus kein Unrecht geschah. Im Gegenteil, es erhielt Leben und ungewöhnlichen Klang durch die vollstättige blonde Pracht der Lucie Bölich (die niemals besser war), durch die charakteristische dunklere Wohnung der Lisa Grünig, die tumbe Jungenseligkeit des Herrn Prök und die pfarrerlich leichte Verschmittheit des Herrn Licho, der auch die Regie führte. Aber das Stück spielte sich mit solchen schauspielerischen Vollnatur wie von selbst.

E. B.

Dostojewski-Abend. Wer leider allzu frühlich erschienenen Zuhörerhaft registrierte Alfred Weierle am Sonntag im Schillertheater Charlottenburg Dostojewski's „Traum eines lächerlichen Menschen“: Ein Bergweiser, der seinen Selbstmord träumt und seine heimlich geordnete Seele auf eine fremde, paradieshafte Erde, Ursprung alles Übels, die Blige, verpflanzen sieht und ihre Folgen: Doh, Eiserstich, Mord und Krieg erkennt, der dann, aus dem Traum zum Leben erwachend, aussieht, die Wahrheit zu predigen. Weierle's aufwühlend schöpferische Sprache umgibt uns mit dem differenzierten Empfinden des russischen Wahrheitsfanaliers und gewählte Gien und Herz der kleinen Gemeinde.

E. K.

Uns Nobel, den die Roser der „Freien Welt“ als den Dichter des „Heiligen Geistes“ kennen, hat schon vor seinen religiös-sozialistischen Gedichten, eine Fülle umfangreicher Werke geschaffen. Da sie insofern der unbedingten Beachtung noch nicht erschienen sind, hat man vorzüglich nur Gelegenheiten, sie in Vortragstheatern vorzuführen kennen zu lernen. Dies war wieder Sonntag der Voll. Im Kunstsalon Curtius lasen Groß Deutsch und Johanna Hofer Gedichte aus den Hauptwerken des Dichters, besonders Liebesgedichte, griechische Stücke, balladenartige Gedichte, eine ergreifende Folge von Sätzen und Gefühlen, von Herzgärtchen und Duffstien, das kann zu so'nen ist, bis zum Wund des sich selbst den Kopf abnehmenden Priester des Dionysos. Den Schluß der Vorlesung bildete eine biblische Szene der „Sündenfall“, ein Stück von großer Kraft und Dramatik. Erst Deutsch und Johanna Hofer lasen außerordentlich schön, er oft mit sehr hoher Gewalt, sie so hart und laut, daß sich jedes Wort in Lächeln und Seele ausliefte. Der Vortrag war nach allen Teilen sehr groß.

H. G.

Von Franz Weidling ist aus dem Nachlaß des Dichters eine im Jahre 1887 in Reich geschriebene, erst jetzt zur Veröffentlichung gelangende Dichtung Marianne erschienen. Diese frühe Erzählung läßt den späten Dichter nur ahnen. Sie bildet den Inhalt der ersten Nummer der neuen Wochenschrift „Der kleine Roman“, die von Herbert Jhering heraus-

größte Abberufung des „Genossen“ Winnig zurückge-
wiesen.

Aber es hat wieder einmal geklappt. Die Parteimit-
glieder sind von ihrer vorgesetzten Behörde eines Besseren
belehrt und werden hoffentlich einsehen, welche kostbaren Be-
sitz Herr August Winnig der rechtssozialistischen Partei be-
sitzt. Roske und Winnig — ohne diese beiden fehlte
dieser Partei das Gepräge. Möge sie ein günstiges Schick-
sal noch recht lange erhalten.

Die Eisenbahnerbewegung.

Nach Meldungen aus Frankfurt a. M. werden die
dortigen Eisenbahner ihre Beschlüsse, nur noch streng nach
den Dienstvorschriften zu arbeiten, aufrechterhalten und
durchzuführen. Inzwischen haben auch die Beamten zur Be-
wegung Stellung genommen. Eine Versammlung des Bun-
desbezirks Frankfurt a. M. des Gewerkschaftsbundes Deut-
scher Eisenbahnebeamten hat eine Entschliebung angenom-
men, die die Zuspitzung der Situation anerkennt und be-
sonders auf die Drohung mit der Betriebschließung zurück-
führt. Sodann erklärt die Resolution:

„Die heutige Versammlung der Vorstände und Vertrauens-
männer des Gewerkschaftsbundes der Deutschen Eisenbahn-
beamten der Ortsgruppen Frankfurt a. M., Gießen, Offenbach,
Kassel, Korbach, Friedberg und Limburg haben folgende
Entschliebung angenommen, auch nur das geringste zu
tun, um die Bewegung einzudämmen, nachdem
sie ungewissheit über die Lage der Dinge, daß es sich um einen
Existenzkampf handelt, in dem wir die gleichen Forde-
rungen haben und nachdrücklich darauf bestehen müssen,
daß uns 300 Prozent Aufschlag auf die Teuerungszu-
lagen gewährt werden und wie sie bereits am 28. Novem-
ber 1919 vom Ortsrat des Deutschen Beamtenbundes ge-
fordert wurden. Außerdem fordern wir, daß die für die Be-
trieblichen Bestimmungen, wonach kein Beamter weniger
als ein Arbeiter verdient, durch die für die Be-
amten und Beamten angewendet wird. Zunächst werden
wir an der Weisung des Bundesvorstandes Rekrutierung
mit dem Bemerkung festhalten, daß falls nicht un-
verzüglich Zulagen der Regierung hier eintreffen, wir für den
weiteren Verlauf der Bewegung keinerlei Garantien
übernehmen können oder werden.“

Inzwischen sind die Tarifverhandlungen program-
mäßig am 5. Januar wieder aufgenommen worden. Sie
werden nun unter dem Eindruck der kräftigen
Bewegung fortgesetzt, was sehr heilsam sein kann,
wenn die verhandelnden Bürokraten Verstand genug be-
sitzen, um aus dieser Erscheinung zu lernen und ihr Be-
nehmen danach einzurichten.

Wir haben indes wenig Hoffnung, daß die Eisenbahn-
verwaltung und die Reichsregierung fähig sein werden, die
beliebten und im Erlaß des Arbeitsministers wiederum zum
Ausdruck gekommenen Polizeimassnahmen abzulegen und grö-
ßeres Verständnis für die unumgänglichen Not-
wendigkeiten — mehr enthalten die Forderungen der
Eisenbahner nicht — zu zeigen.

Einfacheinseitig verteidigt die offiziöse „Deutsche Allgemeine
Zeitung“ alle Maßnahmen und Unterlassungen der Regie-
rung. Sie tut das mit den üblichen Verleumdungen und
Verbrechungen. Die Unabhängigen sind Kuld an
allem. Es sei uns unangenehm, daß die Verhandlungen
wieder aufgenommen werden. Das ist bewährter Unsinn,
denn jedermann kann bei uns nachlesen, daß unsere Kritik
vor allem bemängelte, daß die Verhandlungen durch die
Faltung der vorhandenen Behörde verschleppt und unfrucht-
bar gemacht worden sind. Das Blatt meint, das Schreiben
des Eisenbahnministers weist ausdrücklich darauf hin, daß
die Durchführung des neuen Tarifs auf den 1. Januar 1920
bereits zugelagt und daß Vorläufe auf die neuen Lohnsätze
schon jetzt gezahlt werden, auch eine Verzögerung in den

gegenüber im Verlag von H. S. Hermann u. Co. erscheint und all-
wöchentlich ein abgeschlossenes Werk bester Erzähler bringen will
unter Mitwirkung namhafter Illustratoren. Der Preis der Ein-
zelnummer ist auf 50 Pf. festgesetzt. Beständigste Dauermodelle
ist von Billy Jasselt mit kräftiger Hand illustriert worden.

Konzerte.

Inmitten der Konzertsaal-Überschwemmung mit ewiger
Schablone hebt sich zuweilen ein feinsindiger Kopf hervor, der
eine interessante Zusammenstellung zu gestalten versteht. Kam-
merkonzert alter Meister! Wie sonniges Erkennen
anteile dieses Juridischen in die Uranfang des Harmonis an-
gleichviel ob Helena Siegfried auch zugleich die reiz-
spürige Auslieferung dieser neuentdeckten Möglichkeiten war, ihre
berühmte Einfühlung in die wechselnden Silberrhythmen der
antiken Schönen zugleich von außerordentlicher Verursachung. Sie
belebte ohne jegliche Veränderung das musikalisch Inter-
essante mit unmittelbaren Eindrücken. Da war Georg Phil.
Telemann, der quantitative aller Musikschöpfer, mit 2 Arias
an Kantaten (eine mit geschickt angepaßter, streichquartettistischer
Bearbeitung von Reichenritter) und 2 Liedern vertreten, weiterhin
Johann Adolf Hasse mit einer Aria aus einem „Salve Regina“,
Führer der 2. neapolitanischen Schule, Verfasser von über
100 Opern und Schüler von Alessandro Scarlatti, von dem (neben
einer Aria von Nicolo Ariosti) die „Zarte Rose“ mit obligater
Viola d'amore zu neuer Blüte aufwärts wurde. Unter den
Liedern mit Klavierbegleitung waren besonders wertvoll die
Stalberg-Verse „Ich ging unter Erlan“ in der Version von
Philipp Emanuel Bach durch ihre neuzeitlich-verbundene,
impressionistische Verklärung des Gehörtes. — Das Quartett
Deman, Schwarz, Koenig, Dedert, das mit einer
„Suite A-Moll“ von Telemann und der „Sinfonie E-Moll“ von
Lorelli das Programm vielfältig gliedern sollte, schwächte den
Gesamteindruck durch akademisch trockenes, klangloses, unbeseltes
Herunterspielen.

Viel Erwartung erregte und wenig Hoffnung erfüllte der
Mahler-Orchesterlieder-Abend von R. v. Nowikow. In
den „Gesellenliedern“ glaubte man ein Klangschöpfen und eine
Gefühlungskraft (besonders im 2. Lied) aus voll erfassendem
Innere zu vernehmen. Die „Kinderlieder“ muteten auf-
fassungsfremd und so gleichförmig durchbringungslos an, als
spräbe sich die Stimme in die Distanzen der Gedanken hin-
zugleiten. Die 3. Lieder aus letzter Zeit verdrängten gänzlich
eindruckslos. Selmer, Medrowitz, der sonst so Blühende,
wirkte gähmend langweilig, als läme er eben aus dem Bett.
B. B. B.

Ein Schauspielereil ist in den Theatern und Opern Hal-
lands ausgebrochen. Die weißen Wägen sind geschlossen. Die
Schauspieler verlangen Gehaltssteigerung und Altersversorgung.

Tarifverhandlungen — was ja die gestern erfolgte Wieder-
aufnahme auch bestätigt — nicht in Frage kommen.“ Damit
sei doch jedem Mißtrauen der Boden entzogen. Das Blatt
verschweigt, daß gerade die Beiträge der „Vorläufe“
den Eisenbahnern Grund zu der gegenwärtigen Erregung
gegeben haben, da es ihnen schon zu sehen ist, wie die end-
gültigen Aufbesserungen beschaffen sein werden. Die
„Deutsche Allgemeine Zeitung“ hält es übrigens selbst für
zweckmäßig, in dem gleichen Artikel unter Hinweis auf die
Löhne in einigen Orten nachzuweisen, daß die Eisenbahner
eigentlich schon jetzt zu viel verdienen, womit sie selbst
den Geist kennzeichnen, unter dem die Verhandlungen seitens
der Verwaltung geführt werden.

Aber wir wollen einen Führer der Eisenbahner reden
lassen, der durchaus nicht zu den Unabhängigen gehört. Ver-
bandssekretär Englert schreibt in der „Morgenpost“
einen Leitartikel über die Bewegung. Englert weist darauf
hin, daß es notwendig ist, die Preise für die Lebenshaltung
mit den Löhnen in Einklang zu bringen. Ein anderes Ziel
habe die Bewegung nicht. Die notwendige Übereinstim-
mung zwischen Löhnen und Preisen sei jedoch nicht gegeben.
„Und ganz besonders sind es die Eisenbahner, deren Ein-
kommen mit den lebensnotwendigen Ausgaben nicht im ein-
ferntesten mehr im Einklang steht. Beirät doch der Höchst-
lohnbesitzer für einen Vorwandwerker in Berlin (1. Lohnklasse)
2,50 M., ganz zu schweigen von dem Lohn eines Bahnunterhal-
tungsarbeiters draußen im Lande. Mit solchen Löhnen ist unter
den heutigen Verhältnissen einfach nicht auszukommen.“

Nun sei es den Gewerkschaften zwar in vielen Fällen
gelingen, Teuerungszulagen durchzusetzen. Aber
mit diesem provisorischen Mittel könnten sich die Eisen-
bahner nicht dauernd begnügen. Deshalb sei es ihr Be-
streben, einen ordentlichen Tarif zur Anerkennung zu
bringen. Ueber die Tarifverhandlungen schreibt Englert:

„Daß die Verhandlungen dieser Jahre einen äußerst schleppenden
Verlauf nahmen, ist trotz aller Schwierigkeiten, die ich
ohne weiteres zugebe, zumal es der erste Tarif ist, den die
Eisenbahnverwaltung mit ihren Arbeitern abschließt, nicht von
der Hand zu weisen. Wenn gesagt wird, daß die Verhandlungen
in wichtigen Punkten schon zu einer Verständigung geführt
hätten, so könnte man doch neugierig sein, welche wichtige Punkte
dies eigentlich wären. Tatsache ist jedenfalls, daß die Haupt-
arbeit bisher in einer Unterkommission geleistet wurde. Ihr
Ergebnis dürfte in vielen Fällen im Plenum kaum Annahme
finden.“

Englert schildert dann, daß der schleppende Gang der
Verhandlungen die Ungeheiß der Eisenbahner ins Ungemei-
ne gesteigert hat. Nach vielem Drängen gab die
Verwaltung der Forderung einer Vorkaufszahlung nach.
Dann fährt er fort:

Selbständig hat die Verwaltung allerdings in der Höhe
und Forderung der Vorkaufszahlung gehandelt, und das ist
des Pudels Kern, wodurch die Unzufriedenheit noch mehr ge-
steigert wurde, die bereits zu Teilweise und passiver Maßnahmen
führte, und an der einen und allein die Vorkaufszahlung
die Schuld selbst trägt. Während vom Allgemeinen Eisenbahner-
verbande der Vorkaufszahlung gemacht wurde, einen einheitlichen
Satz für alle Orte und Kategorien als Vorkauf zu zahlen, um
so jede Eisenbahnerlei zu beseitigen, da es sich ja doch nur um
einen Vorkauf handelte, stellte die Verwaltung den Vorkauf
von 20 bis 50 Pf. in der Stunde, wodurch bei den Eisenbahnern
der Eindruck entstand, als sollten diese Sätze auch später
für den Tarif Anwendung finden. Dies war eine taktische Un-
klugheit der Eisenbahnverwaltung. Wohl hat die Verwaltung
den Mithras der Gewerkschaften gegenüber, ihre Zustimmung zu
dieser Maßnahme zu geben, was von ihnen unter unvollständigen
Hinweis auf die Unzufriedenheit, die dadurch hervorgerufen
würde, abgelehnt wurde. Die Gewerkschaftsführer haben
dann lediglich im Interesse des Streikens sich damit einverstanden
erklärt, nicht gegen die voranschreitende Sätze Stellung zu
nehmen. Den Erfolg ihrer Handlungswelt hat die Eisenbahn-
verwaltung jetzt, indem es an allen Ecken und Kanten sichtbar
wird. Da helfen auch die schärfsten Vernehmlichungen nichts
mehr. Der alte Geheimratsschlüssel im Ministerium hat seinen
Wille, und das Volk trägt die Kosten dafür.“

Wir haben diesen Betrachtungen einstweilen nichts hin-
zugeworfen.

„Faule Köpfe.“

Im Ihre Mitteilung praktischer, erfolgversprechender Arbeit
der Betriebsräte zu begrüßen, erklären die Kommunisten, daß
ihnen der Entwurf für den Aufbau des Arbeiterstandes, den unsere
Genossen vorgelegt haben, überaus willkommen sei. Wir haben
ihnen davon mit unübertroffener Geduld auseinandergesetzt,
daß der Entwurf in seinen Hauptzügen seit einem halben Jahr
sehr bekannt sei. Um die erste Kunde zu geben, antwortete die
„Rote Fahne“ heute mit einer zweiten. Sie schreibt:

„Ein volles halbes Jahr also, das ergeht sich aus dem ange-
führten Entschluß, ist im Rülletz Systems willen nichts ge-
schähen für den Kampf um revolutionäre Betriebsräte, für die
Umgestaltung der Volkswirtschaft.“

Die Kommunisten waren jeden Tag bereit, Hand anzulegen,
um die von ihnen baulich begünstigten praktischen Schritte zu
tun.“

Die Kommunisten waren bereit ... Und warum haben sie
nichts getan?

„Sie sind heute jede Minute bereit, praktisch zuzugreifen“,
fährt die „Rote Fahne“ fort. Und warum haben sie? Was
hindert sie außer ihrer eigenen Konfusion, die letzten zur völligen
Aufklärung ihrer Organisation führt, an ihren Taten?

Es ist gut, daß sich unsere Genossen durch die „faulen Köpfe“
nicht verblüffen lassen, sondern ruhig ihren Weg gehen.

Soll der Kaiser aufgelöst werden? Ueber diese Frage
werden am Freitag, 8. Januar, 10 Uhr im Herrenhaus, Leipziger
Straße 8, Oswald Bernstein und Hellmut von Gerlach
vor einer Versammlung des Landes Rates Vaterland sprechen.
Eintrittskarten 2 M. bei A. Wertheim, Voce u. Vogt, Vorier
des Herrenhauses und Geschäftsstelle des Landes Rates Vater-
land, Kurfürstendamm 125.

Für Haus und Familie
ist die „Freie Welt“ die
beste illustrierte Wochenschrift.
Jede Woche ein Heft
30 Pfennig
Frei ins Haus durch jeden Spediteur.

Groß-Berlin.

Zur Sperrung der Beelitzer Heilstätten.

Aus unserm Defektbrief gehen uns zahlreiche Mitteilun-
gen zu darüber, daß noch in den letzten Tagen Aufnahme-
bedürftige von dem Vorstand der Landesversicherung Ber-
lin abgewiesen worden sind. Die Ablehnungsschreiben
sind gedruckt und haben folgenden Wortlaut:

„Infolge der Kohlennot und des Mangels an Lebensmitteln
müssen wir die Belogung unserer Heilstätten bis auf weiteres
ganz erheblich einschränken, so daß Ihre Aufnahme in abseh-
barer Zeit nicht erfolgen kann. Sobald sich Wiederbelebung
der Heilstätten in großem Umfang ermöglichen läßt, wird
dies durch Tagesblätter bekanntgemacht. Wir stellen Ihnen
anheim, sobald Ihren Antrag zu wiederholen.“

Wir haben schon dargelegt, daß diese Maßnahme des
Vorstandes der Landesversicherung durch die Tatsachen
nicht begründet erscheint. Wie hört aber die Ablehnungen
im einzelnen sind, dafür nur einige Beispiele aus den un-
zugehörigen Schreiben:

Ein Arbeiter schreibt:

„Ich hatte im Juli 1919 einen Antrag um Aufnahme in eine
Lungenheilstätte gestellt, da ich heftige Beschwerden hatte und
meine Arbeit nicht fortsetzen konnte. Nach sechs Wochen wurde
ich zur Untersuchung vorgelesen. Der Arzt fragte mich darauf
ob ich noch einer Heilstätte wollte. Ich war selbstverständlich
damit einverstanden. Nach wieder fünf Wochen bekam ich Befehl,
daß meine Aufnahme in eine Lungenheilstätte in Aussicht genom-
men ist, jedoch die Heilstätten zur Zeit voll belegt sind und ich
mich betriebs endgültiger Beschäftigung einer nochmaligen
Untersuchung unterziehen müßte, worauf ich nach zehn Wochen
vorgelesen wurde. Wiederrum stellte der Arzt die Frage an mich
ob ich bald verchiedt werden wollte. Ich nahm nach dem Gut-
achten des Arztes an, daß mein Zustand noch bedauerlich ist, daß ein
Zehnjähriger Erfolg haben könnte. Wie groß war jedoch mein
Erfahren, als ich nach wiederum fünf Wochen den Befehl
bekam, daß meine Aufnahme wenigstens zur Zeit nicht erfolge
könne. Auf einen neuen Antrag bekam ich ein gedrucktes Schrei-
ben, das eine neue Vertagung enthielt.“

Ein anderer Arbeiter schreibt:

„Meine Frau hat eine schwere Grippe durchgemacht, davon
ist ein schweres Herz- und Lungenleiden zurückgeblieben. Nach
dem Gutachten zweier Sanitätsräte, kann meine Frau nur ge-
funden, wenn sie in einer Lungenheilstätte Aufnahme findet.
Auf Anraten derselben hat meine Frau den Antrag gestellt um
Aufnahme in einer Heilstätte. Resultat heilender gedruckter
Befehl. Wartet meine Frau solange bis es besser wird, dann
legt sie in der Erde und sie ist gut ausgehoben. Dringende
Hilfe tut meiner Frau not.“

Ähnlich lauten die anderen Mitteilungen. Es sind
Verzweiflungsbefehle, die aus den uns zugegangenen
Schreiben uns entgegenfallen. Und da sollte die Heilstätte
ihre Pforten verschließen? Da sollte der Vorstand der
Landesversicherung so pflichtvergessen sein, nicht alles zu
tun, um die Heilstätte ihrem eigentlichen Zweck dienstbar
zu machen?

Patienten, die in Beelitz sind, sprechen es offen aus,
daß die Begründung der Ablehnungen eine Scheinbegrün-
dung ist. Der wahre Grund sei ein anderer. Der Verwal-
tung sei der Arbeiterrat der Patienten ein Dorn im Auge.
Ihn zu beseitigen, sei Absicht. Und das könne am besten
geschehen, wenn die jetzt in Beelitz befindlichen Patienten
nach Ablauf ihrer Kur entlassen werden und bis dahin Neu-
aufnahmen unterbleiben. Erst später sollen Neuaufnahmen
erfolgen, damit die „alten Einrichtungen“ aus der Welt
geschafft sind. Sind solche Gründe maßgebend, so bedeuten
sie geradezu ein Verbrechen an den Verlenen, die Heilung
in der Heilstätte bedürfen. Dann verdienen aber Leute,
die so unverantwortlich handeln, daß sie lieber heute als
morgen zum Teufel gejagt werden.

Zur Förderung der Vermittlungsforschung werden alle zu-
rückgebliebenen Kriegsgefangenen gebeten, die empfangenen Ber-
echnungen beim Zentralamt für Kriegsberufung und
Arbeitsvermittlung, Berlin NW 7, Dorostschneide 48, zu über-
senden, da die Listen dort dringend gebraucht werden und die
Nachforschungen nach dem Verbleib von Vermittelten bedeutend
erleichtert.

Die Angestellten des Lotteriegewerkschafts Berlin werden in einer
Versammlung am Mittwoch abend 7 1/2 Uhr im Restaurant Kuria
bieder, Friedrichstraße 50, zu einem neuen Tarif Stellung neh-
men. Da erst einige große Lotterieliebe tariflich erfasst sind,
wird der Zentralverband der Angestellten beim Reichsarbeits-
ministerium dahin wirken, den jetzt aufgestellten Tarif für alle
Lotterieliebe verbindlich zu machen. Die Mitgliedsliste dieser
Kollekte, besonders der weiblichen, erkrankter der Tarifkommission
das Bemühen zur sozialen Hebung der übrigen Lotteriangestell-
ten. Pflicht eines jeden Branchenangehörigen ist es, diese Ver-
sammlung zu besuchen.

Aus den Organisationen.

Pankow, Mittwoch abend 7 Uhr Offizieller Volksversammlung des
Vaterland, Preußische, 24. Tagesordnung: 19 700 Pf. Pankow
erhalten!

Wilmersdorf-Sonnensee, Donnerstag abend 7 Uhr in der Aula des
Oberrealschule am Groppe, Eduard-Auguststraße, Offizieller Volks-
versammlung, Tagesordnung: Gegenwart und Zukunft der Wilmers-
dorfer Gemeindepolitik. Ref.: Gen. Dr. Bralisch. Bericht der
Stadtverordnetenfraktion.

Schöneberg, Freitag abend 7 Uhr in der Aula der Hildebrandtschule,
Königsplatz 2, Mitgliederversammlung. Ohne Mitgliedsbuch kein
 Zutritt.

Für die Bezirks-Offiziere der Mitte- und Gewerkschafts-Kommission
ähnlicher Art Distrikte findet am Donnerstag, den 8. Januar, abend
7 Uhr, bei Klinge, Sollerstr. 14, eine Sitzung statt. Vollständiges Er-
scheinung ist erforderlich.

Vereinstalender.

Sozialist. Profetariat-Jugend, Gruppe Frankfurter Vorstadt, Mitt-
woch, den 7. Januar, bei Reichelhof, Schönebergstr. 18, Mitgliederver-
sammlung, Kurzwahl.

Kreuznische Gewerkschaft, Arbeitsbeginn am Mittwoch früh.
Zentralverband der Angestellten, Fachgruppe 3 (Sektion 2-4),
Mittwoch abend 8 Uhr Mitgliederversammlung im „Wegandiner“,
Wegandinerstr. 37a.

Internationaler Bund der Arbeiterkämpfer, Teilnehmer, gefan-
genen und Arbeiterkämpfer, Ortsgruppe Tempelhof, Mitt-
woch abend 7 1/2 Uhr Mitgliederversammlung Friedrich-Strasse 12,
Wichtige Tagesordnung.

Touristen-Verein „Die Naturfreunde“, Abt. Troabit, Mittwoch, den
7. Januar, 7 1/2 Uhr, Jahresversammlung, Erscheinung aller Mitglieder
unbedingt erforderlich. Sitzung bei Sange, Kastorfer Straße 28.

Verantwortlich für die Redaktion: Fritz Wolf, Wilmersdorf,
Beleggenossenschaft „Freiheit“, s. O. n. S. H., Berlin. — Druck des
Verlagsanstalt und Verlagsgesellschaft m. b. H., Schillingensbaum 12.

